

Die Linken triumphieren, die Bürgerlichen mahnen zur Vorsicht

Der unverhoffte Überschuss löst nicht nur Freude aus

Von Franziska Laur

Basel. «Keine Not zum Sparen auf dem Rücken des Personals?», titelt der Verband des Personals öffentliche Dienste (VPOD) Region Basel in der Stellungnahme zum Überschuss von 85,8 Millionen Franken des Budgets 2016. Man fordere daher die Regierung und den Grossen Rat auf, die Sparmassnahmen fallen zu lassen.

Derart übermütige Töne schlagen die Bürgerlichen nicht an: «Wir haben jetzt zwar ein einigermaßen ausgeglichenes Budget. Doch es wird eine sehr teure Sanierung der Pensionskasse auf uns zukommen», sagt FDP-Präsident und Nationalrat Daniel Stolz. Diese schlage immerhin mit über einer Milliarde Franken zu Buche. Daher gebe es keinen Grund, lockerzulassen. «Die FDP wird ein wachsames Auge behalten.» Zur PK-Sanierung allerdings wendet der VPOD ein: «Daran beteiligen sich die Versicherten paritätisch mit dem erhöhten Rentenalter und höheren Beiträgen.»

Trotzdem warnt auch SVP-Grossrat Alexander Gröflin: «Es ist unschön, dass die PK-Sanierung das ganze Budget ins Rote zieht. Diese Pensionskasse wird ein Dauerbrenner bleiben.» Besonders da weltweit die konjunkturellen Ausichten alles andere als rosig seien.

Hochzufrieden mit der Arbeit ihrer Regierungsrätin zeigt sich die SP: «Vor dem Hintergrund ihrer sorgfältigen Planung war die frühere Rückweisung des Budgets durch die Bürgerlichen noch unnötiger», sagt Parteipräsidentin Brigitte Hollinger. Die SP stehe Kürzungs-

massnahmen weiterhin kritisch gegenüber. Und BastA! schreibt: «Leistungsabbau trotz solider Staatsfinanzen: eine Frechheit!»

Weitere Einsparungen gefordert

Es müssten jedoch noch mehr Sparanstrengungen gemacht werden, findet LDP-Präsidentin und Grossrätin Patricia von Falkenstein. Nicht zuletzt mit bevorstehenden Unsicherheiten allgemeiner Art und wegfallenden Steuereinnahmen wegen der Unternehmenssteuerreform III. Die Entlastungsmassnahmen seien noch ungenügend, eine generelle Aufgabenüberprüfung habe bis jetzt nicht ernsthaft stattgefunden, sagt sie. Ausserdem gehe der Kanton Basel-Stadt mit der Pensionskassen-Revision sehr grosszügig mit seinen Angestellten um.

In dieselbe Kerbe schlägt die CVP: Die Wirtschaft sei auf die Unternehmenssteuerreform III angewiesen. In diesem Zug sei jedoch mit Steuereinsparungen zu rechnen. «Darauf müssen wir gefasst sein, denn nichts ist teurer als rote Zahlen», sagt CVP-Präsidentin Andrea Strahm.

Und auch der Gewerbeverband Basel-Stadt kann die Euphorie der Linken nicht nachvollziehen. Das vom Regierungsrat vorgestellte Budget 2016 weise trotz Entlastungspaket erneut hohe Mehrausgaben aus. Mit Blick auf die Finanzplanung für die kommenden Jahre und die Auswirkungen der anstehenden Unternehmenssteuerreform III fordert der Gewerbeverband erneut eine seriöse Verzichtsplanning – gerade beim Personalaufwand.